BER - Krisengipfel einigt sich auf gemeinsamens Vorgehen

27.06.16 | Berlin-Brandenburg

BER - Krisengipfel einigt sich auf gemeinsamens Vorgehen

Beim Spitzengespräch zum Brandschutz auf Einladung des BER-Aufsichtsratsvorsitzenden Müller einigte man sich auf eine zweijährige Übergangslösung.

Bei dem Gespräch auf Einladung des BER-Aufsichtsratsvorsitzenden Müller haben sich die Vertreter der Länder Berlin und Brandenburg und des Landkreises Dahme-Spree, Vertreter des Bundes, des Eisenbahnbundesamts, der Deutschen Bahn und der Flughafengesellschaft auf ein abgestimmtes Vorgehen bei der Fertigstellung und Inbetriebnahme des BER geeinigt.

Im Mittelpunkt stand dabei die Lösung der bestehenden Brandschutzprobleme in der Ebene zwischen Bahnhof und Terminal. Ein gemeinsames Maßnahmenpaket sieht vor, dass für eine Übergangszeit von zwei Jahren nach Inbetriebnahme des Flughafens BER alle Beteiligten eine gegenüber der Kapazität der Planfeststellung eingeschränkte Betriebsregelung für den Flughafenbahnhof akzeptieren. Zudem bestand Einigkeit darüber, nach Ablauf der Frist die vollumfängliche Nutzung des Flughafenbahnhofs im Sinne der Planfeststellung zu gewährleisten.

Aus Sicht der UVB bestehen damit gute Voraussetzungen, dass das Bauordnungsamt, eine Genehmigung des fünften Nachtrags kurzfristig erteilen kann.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihr Ansprechpartner zum Thema Infrastruktur

Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik

Burkhard

Rhein

Telefon:
+49 30 31005-117

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:
Rhein [at] vme-net.de

Download VCF